

Königsberger Hartung'sche Zeitung.

Die Nöte des Reichsschatzsekretärs.

Steuerleiden kennt nicht nur der Steuerzahler, sondern vor allem der Reichsschatzsekretär, der selber Steuerzahler ist, aber außerdem auch noch die unangenehme Pflicht hat, dafür zu sorgen, daß das Geld im Kasten klingelt, und dem Reich die zur Aufrechterhaltung seiner Machtstellung und zur Führung der Verwaltung erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung stehen. Die Erfüllung dieser Aufgabe ist um so schwerer, als der Reichsschatzsekretär nicht wie in Preußen der Finanzminister ein Gleicher unter Gleichen, sondern nur als ausführendes Organ ein Untergebener des ihm vorgelegten Reichskanzlers ist. Aus dieser Verschiedenartigkeit der Stellung des Reichsschatzsekretärs und des preussischen Finanzministers hat sich mehr als einmal das Uebergewicht des Leiters der preussischen Finanzen gegenüber dem Reichsschatzsekretär des Reichsschatzamts ergeben, niemals aber mehr, als in der Zeit, da ein Miquel Finanzminister war.

In Preußen ist seit 1890 nur zweimal ein Wechsel im Finanzministerium erfolgt: als Miquel unfreiwillig schied und sein Schüler Frhr. v. Rheinbaben ihn ablöste, sowie vor einigen Jahren, als Frhr. v. Rheinbaben in die Rheinprovinz als Oberpräsident ging, damit angeblich eine Homogenität im Staatsministerium herbeigeführt werden könnte. Im Reichsschatzamt dagegen ist es allein im letzten Jahrzehnt zugegangen wie in einem Taubenschlag: auf den Diplomaten Frhrn. v. Thielmann, der wie Johann der Müntere Seifenhändler stets frohe Bieder jang auf die Reichsfinanzen, mochte das Reichsfinanzamt auch immer größer werden, folgte Frhr. v. Stengel, der aber nur eine kleine Finanzreform zustande brachte und alsdann dem Staatssekretär Sydow den Platz räumte, der den Kampf um eine Reichsfinanzreform mit der Erklärung einer *conditio sine qua non* eröffnete und schließlich ausgelacht wurde, als er nach häufigem Wechsel der Ansichten zu behaupten wagte, die verbündeten Regierungen hielten in einer bestimmten Frage an ihrem Standpunkt fest.

Auf Sydow folgte im Sommer 1909 Reichsschatzsekretär Bernuth, ein Mann, der fest entschlossen war, die Rückkehr zur altpreussischen Sparpolitik wirklich zur Wahrheit zu machen, aber bei dem ersten Versuch, eine Steuer für die Besitzenden durchzuführen, scheiterte, weil er vom Reichskanzler im Stich gelassen wurde. Sein Scheitern erfolgte so plötzlich mitten in der parlamentarischen Saison, daß nichts übrig blieb, als den Unterstaatssekretär Kühn zum Staatssekretär aufzurufen zu lassen. Derart haben in zehn Jahren nicht weniger als fünf Staatssekretäre an der Spitze des Reichsschatzamts gestanden. So reich ist der Verbrauch an Staatskannern in keinem anderen Ressort der Verwaltung gewesen.

Reichsschatzsekretär Kühn hat die feierliche Erklärung abgegeben, daß er an dem Vermuthlichen Grundjahr, keine neue Ausgaben ohne Deckung, festhalten wolle. Wenn er wirklich entschlossen ist, aus dieser Erklärung die Konsequenzen zu ziehen, so wird vielleicht auch seines Bleibens nicht mehr lange im Reichsschatzamt sein. Denn schon die Einlösung seines Versprechens, bis zum April eine Besitztsteuer vorzulegen dem Reichstag zugehen zu lassen, steht auf starkem Schwierrücken. Die Konferenz der bundesstaatlichen Finanzminister hat am 4. Januar darüber kaum einen Zweifel herrschen lassen — ein für den Leiter der Reichsfinanzen wenig erfreuliches Ergebnis gehabt. Schon werden starke Wehrforderungen für Wehrzwecke angekündigt, und wenn es nach den Wünschen des Wehrvereins geht, wird Reichsschatzsekretär Kühn, ganz abgesehen von einer Besitztsteuer, auf neue Steuern bedacht sein müssen, die einen Ertrag von 50 Millionen und mehr im Jahre sichern.

Im Jahre 1908, als der Kampf um die große Reichsfinanzreform begann, glaubte Reichskanzler v. Bülow das Reichsfinanzamt für eine lange Reihe von Jahren brauchen zu können. Die damalige Reichsfinanzreform ist ganz anders ausgefallen, als sie gedacht war. Noch sind seit deren Durchführung nicht vier Jahre vergangen, und schon quälten den Reichsschatzsekretär neue Steuerleiden. Die Steuerzahler sind so gebulbt geworden, daß sie neue Steuern jetzt schon fast wie eine Schädigung des Himmels, als etwas Unermeßliches, hinnehmen und ihr Widerstand weit weniger in Betracht kommt als die Qual des Reichsschatzsekretärs, neue Steuerquellen überhaupt noch zu finden. Diese Qual würde allerdings sofort aufhören, wenn ein wirklich selbständiger Reichsfinanzminister da wäre, der eine vor allem die starken Schultern belastende Steuer, d. h. also eine wirkliche, allgemeine Besitztsteuer, durchzuführen vermöchte.

Ohne Cohn kein Fahnenband! Eine erbauliche Wahlkomödie.

Die Reichstagswahl in Nordhausen im Januar vorigen Jahres war bekanntlich zugunsten des Sozialdemokraten Dr. Cohn ausgefallen, weil die Konservativen und Bündler sich nicht dazu entschließen konnten, für den fortschrittlichen Kandidaten Dr. Wiemer in der Stichwahl einzutreten, sondern ihre Stimmen zum Teil direkt dem Sozialdemokraten zuwandten. In dem fortschrittlichen Protest war unter Hervorhebung drastischer Einzelheiten behauptet worden, daß sogar dem amtlichen Seite die Wahl des Sozialdemokraten gefördert worden sei. Es liegt nunmehr eine Ergänzung des damaligen Wahlprotokolls vor, die sich hauptsächlich mit der berühmten gewordenen Angelegenheit des Fahnenbandes für einen Kriegerverein beschäftigt. Die darin mitgeteilten Tatsachen sind so charakteristisch, daß wir davon hier Notiz nehmen wollen.

Der fortschrittliche Wahlprotokoll nimmt darauf Bezug, daß in dem früheren Protest unter Beweis gestellt wurde, der Ortsvorsteher Rodtrob in München-Lohra habe, am Tage vor der Stichwahl dem Hauptmann des Kriegervereins in Friedrichslohra unter Bezug auf seine, des Rodtrob, Eigenschaft als Reservist, die Wahl für ihn zu sorgen, daß Dr. Wiemer nicht gewählt werde, und er habe ihm versprochen: Wenn Cohn gewählt wird, bekomme ich ein Fahnenband, sonst nicht. Dieses Versprechen ist in amtlichen, so schreibt der Wahlprotokoll, erfüllt worden: Bei der Reichstagswahl 1907 waren in Friedrichslohra 128 Stimmen abgegeben, darunter 51 für den sozialdemokratischen Kandidaten. Der Landrat des Kreises Grafschaft Hohenstein erklärte damals, daß er eine Entschädigung des Fahnenbandes an den Kriegerverein nicht bewilligen könne, da er vermuten müsse, daß Mitglieder des Kriegervereins sozialdemokratisch gewählt hätten. Beweisen ließ sich diese Vermutung damals nicht. Bei der Stichwahl 1912 dagegen stand es außer Zweifel fest, daß der sozialdemokratische Kandidat Stimmen von Kriegervereinsmitgliedern erhalten hat. Es wurden bei der Stichwahl 130 Stimmzettel abgegeben, von denen 19 unbeschrieben waren, 83 auf Dr. Wiemer und 28 auf Dr. Cohn lauteten. Unter den 111 Wählern befanden sich 52 Kriegervereinsmitglieder. Hiernach müssen mindestens 17 Kriegervereinsmitglieder ihre Stimme für Dr. Cohn abgegeben haben. Infolge der Erklärung des Ortsvorstehers Rodtrob haben die sozialdemokratischen Mitglieder des Kriegervereins aus ihrer poli-

tischen Gefinnung kein Hehl mehr gemacht, sondern sich offen zur Sozialdemokratie bekannt, und zwar teils durch Abonnement auf sozialdemokratische Zeitungen, teils durch den Beitritt zur sozialdemokratischen Bergarbeiterorganisation, teils durch Anbringen von Wählern sozialdemokratischer Abgeordneter in ihren Wohnungen; es sind dies etwa der vierte Teil aller Vereinsmitglieder.

Trotzdem hat der Landrat des Kreises Grafschaft Hohenstein nach der damaligen Stichwahl die Verleihung des Fahnenbandes an den Kriegerverein bestritten; in Erfüllung des Versprechens des Ortsvorstehers Rodtrob fand im September 1912 die Uebergabe des Fahnenbandes durch den Landrat in Gegenwart des Ortsvorstehers an den Kriegerverein Friedrichslohra statt. Auch sonst weiß der Wahlprotokoll noch über mancherlei charakteristische Vorgänge zu berichten.

Die Wahlprüfungscommission wird ja Gelegenheit haben, über den Fall Nordhausen in nähere Prüfung einzutreten; schon jetzt aber darf gesagt werden, daß die dortigen Vorverurtheile ein geradezu leuchtendes Beispiel für die Wahrheit und Gerechtigkeit der konservativen Behauptung sind, daß für jeden „Königstreuen“ Mann der einzige Feind die Sozialdemokratie sei!

Viehhandel und Fleischartung.

Der Bund der Viehhändler Deutschlands hatte für gestern eine Versammlung nach Berlin einberufen, die, wie wir den vorliegenden Berichten entnehmen, nach längerer, in maßvollem Ton gehaltenen Reden des Vorsitzenden Daniela und des Generalsekretärs Scholz eine Resolution annahm, in der mit Entschiedenheit gegen die Verschuldung protestiert wurde, als seien die Viehhändler die an der Fleischartung Schuldigen; durch die langfristigen Lieferungsverträge könne niemals eine Stabilisierung der Fleischpreise herbeigeführt werden. An die Stelle der Viehhändler würde bei ihrer Ausschaltung ein Heer von Angelegten treten, die viel teurer arbeiten würden, als es die Viehhändler bisher getan haben.

An der Versammlung nahmen auch die Abgg. Dr. Wendhoff, Fegter und Sieg teil. Bemerkenswert war, daß der Charlottenburger Obermeister Baskke die Solidarität des Fleischartungsbereiches mit den Viehhändlern betonte, und daß auch der Hauptbund durch einen Redner zustimmend vertreten war. — Die Ausführungen der Redner bekräftigten die Auffassung, daß der Viehhandel in der gegenwärtigen Zeit der Tierzucht seine volkswirtschaftliche Aufgabe in einer Weise erfüllt habe, die sowohl die Interessen der Konsumenten wie die der produzierenden Landwirtschaft wahrzunehmen geeignet war. Gerade die Tätigkeit des Viehhändlers, auch das letzte Schlachtfleisch Stück Vieh im Stall des Landwirts anzuführen und es dem Ort des Bedarfs anzuführen, hat eher zu einer Abschwächung der Tierzucht, als zu einer einseitig bewirkten Steigerung derselben beigetragen.

Alle Versuche von agrarischer Seite, dem generellen Mittelstande die Schuld an den unerfreulichen Zuständen zuzuschreiben, vermögen die Tatsache nicht zu verschleiern, daß die eigentliche Verantwortung für die Tierzucht nur letzter Ende von der herrschenden Wirtschaftspolitik getragen wird.

Die Friedensaktion der Mächte in Konstantinopel.

v. Berlin, 11. Januar. (Originaltelegramm.) Wie wir heute an zuverlässiger Stelle erfahren, dürfte die Ueberreichung der Note der Mächte an die Pforte nicht, wie man gestern allgemein annahm, bereits heute, sondern erst am Montag in Konstantinopel erfolgen. Die Reaktion der Note ist zur Zeit unbekannt durch die einzelnen Regierungen zurückgehalten. Ueber die Form des Schrittes erfahren wir heute, daß die Ueberreichung im Beisein aller Botschafter geschehen wird.

Bis Montag also hofft man die Einigkeit sämtlicher europäischer Großmächte soweit hergestellt zu haben, daß ihre gemeinsame Demarche in Konstantinopel erfolgen kann. Die Diplomatie des vereinigten Europas darf auf die Gewinnung besonderer Vorbeeren bei der Vorbereitung dieses Schrittes nicht rechnen. Schon die Verzögerung ihres Vorgehens nimmt der auf Herstellung des Friedens gerichteten Aktion der Mächte einen großen Teil ihrer Wirkung; denn sie deutet auf Unsicherheit und Meinungsverschiedenheiten zwischen den Urhebern, die sicherlich von den türkischen Staatsmännern beachtet und genutzt werden werden. Ein scharfer Druck auf die Pforte ist wohl kaum beabsichtigt. Ein solcher würde mit der bisherigen Politik der Dreimächte und mit ihren zukünftigen Interessen im Orient nicht in Einklang zu bringen sein. Läßt die Türkei wirklich unter dem Eindruck der Vorstellungen der Mächte Adrianopel fahren — einstweilen hat es den Anschein nicht — so würde sie es nur deshalb tun, weil die türkischen Staatsleiter an der Möglichkeit einer neuen Offensive zur Rettung der Stellung verzweifeln, aber sich die Bedingungen des Friedens lieber von den Mächten als von ihren Besiegern vorschreiben lassen wollen — zur Dedung der eigenen Stellung gegenüber den Parteien in der Kammer und den Klubs im Lande. Eine Wiederaufnahme der suspendierten Londoner Besprechungen würde dann wohl die nächste Folge des Eingreifens der Mächte sein.

Russien konfiziert mit Samow.

x. Konstantinopel, 11. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Der Großwesir Riamil-Baskke ist gestern Nachmittag um 1/4 Uhr mittels Automobils nach der Tschatalbaskkalinie gefahren, wo er mit dem bulgarischen Generalkommando Samow eine Unterredung hatte. Gegen 1/2 Uhr kehrte er hierher zurück. Die Pforte unterhandelt gleichzeitig mit Griechenland über die Verständigung bezüglich des Aufstiegs auf Grundlage der Abtretung von Arta, Thessaloniki, Samothrace und Janina.

Der deutsche Botschafter v. Wangenheim soll, wie auf der Pforte verlautet, in der Konferenz der Botschafter durchgesetzt haben, daß der Kollektivschritt der Großmächte bei der Pforte durchgeführt wurde.

Griechisch-türkische Kämpfe.

Die erste griechische Division in Saloniki erhielt Befehl, sich für den Vormarsch nach Epirus bereit zu halten. Sie kann in ein oder zwei Tagen zur Einschiffung gelangen. Wie man versichert, wird Konstantinopel mit dieser Division sich nach Janina begeben. Als Ersatz soll die dritte Division von Koriza nach Saloniki kommen. Authentischen Nachrichten zufolge existieren die griechischen Truppen vor Janina schwere Verluste.

Aus Sofia wird gemeldet: Auf Anordnung des bulgarischen Generalstabes wurde die ganze von der bulgarischen Armee besetzte Küste des Marmarameeres mit Minen versehen.

Aus Dibra wird gemeldet, daß die Serben zwei Kompanien dorthin entsandten, um die Arnauten zu entwaffnen. Diese hätten die serbischen Truppen umzingelt und fast gänzlich angegriffen.

Endgültige Beilegung des Prochaska-Konflikts.

Belgrad, 11. Januar. Zwischen dem österreichisch-ungarischen Gesandten von Ugron und der serbischen Regierung wurde vereinbart, daß die feierliche Öffnung der österreichisch-ungarischen Konsularflagge in Prag am 13. Januar erfolgt. Dem Festakt wird Konsul Prochaska in Galanzform beiwohnen. Ein größeres Detachement serbischer Truppen unter dem Kommando eines Offiziers wird bei der Öffnung der Flagge die vorgeschriebene Ehrenbegleitung erweisen. In Mitrovica werde eine vollkommen analoge Satisfaction in den nächsten Tagen gegeben werden.

Armenische Agitationen.

x. Järich, 11. Jan. (Eigene Drahtmeldung.) Die durch den Balkanrieg geschaffene neue Situation hat die armenischen Studenten an den Universitäten Lausanne und Genf veranlaßt, Flugblätter der an den Universitäten mit französischer Vortragsprache studierenden Armenier zu einer Versammlung einzuberufen. In dieser Versammlung soll über die Einberufung eines allgemeinen Kongresses berätelt werden, auf welchem die zugunsten der Armenier zu veranstaltende Propaganda, sowie die Mittel zur nationalen Verteidigung erörtert werden sollen.

Die „Sultangräber“ von Adrianopel.

Die türkischen Bevollmächtigten der Londoner Friedenskonferenz haben die Forderung des Balkanbundes, Adrianopel an das Königreich Bulgarien abzutreten, u. a. deshalb für unannehmbar erklärt, weil Adrianopel die Ruhestätte verlebener türkischer Herrscher sei. Eine angebliche Persönlichkeit, die den Orient gründlich kennt, schreibt nun der „Neuen Gesellschaftlichen Korrespondenz“, die Tourist werde vergeblich in Adrianopel nach den Gräbern türkischer Sultane suchen. Sie sollen sich angeblich in der Wüste, die den Namen des Sultans Selim trägt, befinden, aber es ist beim besten Willen in dieser Wüste kein Sultansgrab zu entdecken. Im Übrigen mag es geben, der mit den Sitten und Anschauungen der Anhänger des Islam wohl nur einigermaßen vertraut ist, nicht wenig verwundern, wenn die türkischen Abgeordneten in London sich plötzlich zu einem Unwahrscheinlichen bekennen, der ihrem Volke gänzlich fremd ist. Der Türke legt keine Blumen, keine Kränze an der Stelle nieder, die den Sultans Gräbern nachher Verwandten aufsuchen, er findet kein Gedächtnis und er ist nicht das geringste, um sein Väterchen zu ehren.

Man kann sich eines solchen nicht erwehren, wenn man sich die die Sultangräber in Adrianopel — im westlichen Teil der türkischen Hauptstadt — zu einem kleinen Hügel — mühen und Mühen die Pforte erhalten bleiben. Und man wird in dieser Angelegenheit bestärkt, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Serben jetzt die Stadt Kofsovo besetzt halten, wo der Sultan Murad II. am 19. Oktober 1448 einen glorreichen Sieg erringt, aber am Abend der Schlacht in seinem Zelte erkrankte und starb. Die herrlichen Serben sollen bei der Eroberung von Kofsovo einen Wachtposten neben einem Sarkophag. Die Türken aber rühren sich nicht. Sie haben ohne ein Wort des Widerspruches in London herüber ihre Einwilligung dazu gegeben, daß Kofsovo, mit dem Grabmal des Sultans Murad II. türkischer Besitz bleiben soll. Dabei war Murad II. in der That der türkischen Herrscher eine ganz andere Persönlichkeit als die Sultane, die vielleicht in der Wüste Selim zu Adrianopel im letzten Schimmer liegen könnten.

Notizen.

Die französische Regierung hat 100000 Francs gestiftet zur Unterstützung von 30000 türkischen Flüchtlingen in Saloniki, die unter Hunger und Kälte leiden; eine ähnliche Maßnahme ist bereits in Monastir getroffen worden.

Die bulgarische „Agence Telegraphique“ bezieht die Meldung aus Konstantinopel, wonach zwischen den Kommanden der Tschatalbaskkalinie ein Schwermüß stattgefunden habe, als jeder Grundlage entbehrend.

Die Gerüchte über Massenverhaftungen in Konstantinopel, die im Zusammenhang mit der Entdeckung eines Geheimnisses stehen sollen, werden als abgetrieben bezeichnet. Der verhaftete Bertel Tewfik, der frühere Sekretär des Botschafter, ist wieder entlassen worden.

Deutsches Reich.

Engholmow über seinen Berliner Besuch. Der russische Finanzminister General Engholmow hat sich gegenüber einem Vertreter des Pariser „Matin“ in Wiza über verschiedene aktuelle politische Dinge geäußert, u. a. auch über seinen Besuch in Berlin und seinen Empfang durch Kaiser Wilhelm. Der General sagte angeblich:

„Der Kaiser hat mit mir nicht über Politik gesprochen. Ich bin nur Soldat, Kavallerist und verstehe nichts von Politik. Die Sprachen nur von Herden und Kavallerie; das war alles.“ Der General fügte jedoch hinzu, er habe den Eindruck gehabt, daß der Kaiser mit der Haltung Oesterreichs unzufrieden sei. (1) Der Kaiser hat mit mir das nicht selbst gesagt; aber ich glaube das zu erraten. (1)

Der „Matin“-Vertreter hatte offenbar das Bedürfnis, seinem sonst allzu harmlosen Bericht irgend einen kleinen sensationellen Aufschlag zu geben. Man wird ihm aber nur das Zeugnis ausstellen können, daß er dabei ungewöhnlich tapfer gewesen ist.

Aberlen und Cambon. Im „Journal d'Alsace Lorraine“ ist ein Artikel über den verstorbenen Staatssekretär Aberlen-Wächter erschienen, in dem Mitteilungen einer in Berlin lebenden angeblichen hervorragenden französischen Persönlichkeit eingeschlossen sind. Diese hervorragende Persönlichkeit soll sich über Aberlen-Wächter in einer absperrigen Weise geäußert haben, in einer Weise, die wahrlich viel Takt noch sehr viel politisches Verständnis errät.

Die „Deutsche Tageszeitung“ hat in einem längeren Artikel die Ansicht geäußert, daß der Gewährung des „Journal d'Alsace Lorraine“ der französischen Botschafter in Berlin, Jules Cambon sei. Dieser Annahme wird jetzt von Berliner Korrespondenten des „Echo de Paris“ in einer entgegengesetzten Form widersprochen. Der Korrespondent stellt fest, daß jene Äußerungen nicht von Jules Cambon herrühren und er wagt nachzuweisen, daß sie in denber größten Gegen-